

Haushaltsrede 2026

von Oberbürgermeister Michael Schmieder

in der Gemeinderatssitzung vom 24. September 2025

Es gilt das gesprochene Wort.

Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist massiv gefährdet!

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,
sehr geehrte Pressevertreterinnen und -vertreter,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie erhalten heute den Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2026 als Grundlage für die anstehenden Beratungen im Oktober. Der Beschluss der Haushaltssatzung mit Haushaltsplan ist für die öffentliche Sitzung des Gemeinderates am 26. November 2025 vorgesehen. So wird es uns wieder gelingen, die Haushaltssatzung (gemäß § 81 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg) rechtzeitig einen Monat vor Beginn des Haushaltsjahres 2026 der Rechtsaufsichtsbehörde (Regierungspräsidium Freiburg) vorzulegen.

Soweit zu den guten Nachrichten. Sehen wir dem wenig Erfreulichen ins Auge:

Leider hat sich die finanzielle Situation der Kommunen insgesamt seit letztem Jahr dramatisch verschlechtert. Die finanzielle Handlungsfähigkeit ist mehr als in Frage gestellt, der kommunale Stillstand droht!

Aktuelle Zahlen des Statistischen Bundesamtes vom April 2025¹ belegen die dramatische Lage der kommunalen Haushalte: Im Jahr 2024 verzeichneten die Gemeinden und Gemeindeverbände ein Rekorddefizit von 24,8 Mrd. Euro – das höchste seit 1990! Die Ausgaben stiegen um 12,6%, während die Einnahmen nur um 7,6% zulegen.

Laut einer aktuellen Umfrage des Städtetags Baden-Württemberg² hat nur noch jede fünfte Stadt in Baden-Württemberg für 2025 einen ausgeglichenen Haushalt.

„Neben deutlich zurückgehenden Zuweisungen durch Bund und Land und teils dramatisch einbrechenden Gewerbesteuererinnahmen ist nach wie vor die Ausgabenseite das größte Problem“, erläuterte Ralf Broß,

¹ Vgl. [Kommunen verzeichnen im Jahr 2024 Rekorddefizit von 24,8 Milliarden Euro - Statistisches Bundesamt](#)

² Vgl. [P 544/2025 Az.: 047.43 / Neue Städtetag-Umfrage zeigt: Nur jede fünfte Stadt hat 2025 noch einen ausgeglichenen Haushalt \(06.06.2025\) / Städtetag Baden-Württemberg](#)

geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Städtetages Baden-Württemberg.

Neben den allgemeinen Preissteigerungen sind die Tarifabschlüsse, allgemeine Umlageverpflichtungen und insbesondere die Kreisumlage enorme Kostentreiber. So ist beispielsweise die Kreisumlage in Baden-Württemberg von 2024 auf 2025 im Schnitt um 100 € je Einwohner gestiegen!

Nachfolgende Zitate sind mehr als nur ein Hilferuf:

„Die finanzielle Lage ist desaströs.“ Landrat Hanno Hurth im Interview mit der BZ vom 02.09.2025 zur Lage im Landkreis Emmendingen.³

Katastrophal sei die Finanzlage im Landkreis Breisgau – Hochschwarzwald, so wird Landrat Christian Ante in der BZ vom 14.08.2025 zitiert.⁴

„Die Lage stellt sich derzeit so schwierig dar wie selten zuvor.“ Gunther Hoffmann - Experte und Lehrbeauftragter für kommunale Finanzen im Gespräch mit dem Magazin die:gemeinde vom 08.09.2025.⁵

³ Vgl.: [Landrat Hurth zur Kreisfinanzlage: "Die kommunale Selbstverwaltung ist ernsthaft gefährdet" - Kreis Emmendingen - Badische Zeitung](#)

⁴ Vgl.: ["Katastrophale" Finanzlage zwingt Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald zum Sparen - Kreis Breisgau-Hochschwarzwald - Badische Zeitung](#)

⁵ Vgl.: [„Priorisieren, kooperieren, optimieren“ | Die Gemeinde](#)

„Die Finanzlage der Kommunen wird immer dramatischer. Schon länger denkt man in Rathäusern darüber nach, den Bund zu verklagen. ‚Das ist kein Zeichen der Konfrontation – das ist schlicht notwendig‘ “, sagt Ralf Broß – Geschäftsführer des Städtetages BW im Artikel des Staatsanzeigers vom 29.08.2025 zur Verletzung des Konnexitätsprinzips.⁶

Wie schwierig die Situation ist, zeigt ein Blick über die Kreisgrenzen hinaus. Städte wie Baden-Baden, Karlsruhe, Bruchsal, Kirchzarten und aktuell Konstanz haben bereits eine Haushaltssperre verhängt. Weitere werden vermutlich bald folgen.

Vor zwei Jahren konnte ich hier für Waldkirch berichten, dass der Haushalt auf „Kante genäht sei“ und 2024 das „Aufholjahr“ werde. Für 2025 konnte es schon nicht mehr darum gehen aufzuholen, sondern darum, den „Kopf über Wasser zu halten“.

Und 2026?

Eines vorweg: Wir beraten einen Haushalt, der nicht nur Zahlen und Tabellen enthält, sondern Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft der Menschen in unserer Stadt ist. In Zeiten, in denen die Welt aus den Fugen zu geraten scheint,

⁶ Vgl.: [Können sich die Kommunen mehr Geld vom Land einklagen? | Staatsanzeiger BW](#)

ist es umso wichtiger, dass wir hier vor Ort die Ruhe bewahren, Verlässlichkeit und Perspektiven schaffen.

Die finanzielle Lage ist allerdings mehr als besorgniserregend. Sie ist katastrophal – auch in Waldkirch!

Leider sind derzeit auch keine Anzeichen von schneller Besserung zu erkennen. Die internationale Situation ist von tiefgreifenden Umbrüchen geprägt. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine dauert an und hat nicht nur in Europa, sondern weltweit sicherheitspolitische und wirtschaftliche Folgen. In Asien rücken China, Russland und Nordkorea enger zusammen. Gleichzeitig bleibt die Lage im Nahen Osten angespannt, insbesondere durch den anhaltenden Konflikt zwischen Israel und Gaza sowie durch weitere regionale Instabilitäten, z. B. in Syrien, Sudan, Äthiopien usw.. Die amerikanische Zollpolitik belastet deutsche Firmen zusätzlich auf unterschiedliche und teils gravierend Weise.

Auch Deutschland selbst steht vor großen Herausforderungen: Bundeskanzler Friedrich Merz hat in seiner Rede⁷ anlässlich der Generaldebatte im Bundestag betont, dass Freiheit und Demokratie zunehmend durch militärische Gewalt, durch hybride Bedrohungen und Angriffe auf unsere demokratische Ordnung gefährdet seien. Auch werde der gesellschaftliche

⁷ Vgl.: [Rede von Kanzler Merz in der Generaldebatte September 2025 | Bundesregierung](#)

Zusammenhalt in Deutschland *durch „politische Kräfte im In- und Ausland offen in Frage gestellt“*.

Zugleich geraten unser Wirtschaftsmodell und unsere Sozialsysteme enorm unter Druck.

Das Wirtschaftswachstum war in den zwei zurückliegenden Jahren negativ, zahlreiche deutsche Wirtschaftsexperten hatten ihre Vorhersage für die heimische Konjunktur, zuletzt auch für dieses Jahr, nach unten korrigiert. So sagen die sogenannten "Wirtschaftsweisen" in ihrem Frühjahrsgutachten⁸ für 2025 eine Stagnation und für das kommende Jahr ein Wachstum von 1,0 % Prozent voraus. Das DIW ist etwas optimistischer und prognostiziert im aktuellen Sommergutachten⁹ für 2026 ein Wachstum von 1,7 %.

Was bedeutet das alles jetzt konkret für uns in Waldkirch?

Erlauben Sie mir zunächst einen Blick in die Vergangenheit.

Die Stadt Waldkirch hat bekanntlich bereits 2013 als eine der ersten Städte den Übergang auf das neue kommunale Haushaltsrecht (NKHR) vollzogen.

Die damalige Entscheidung, frühzeitig auf das neue Haushalts- und Rechnungswesen umzustellen, wurde mit dem Ziel getroffen, den künftigen Anforderungen der kommunalen

⁸ Vgl.: [Wirtschaftsweise gehen in Frühjahrsgutachten von Stagnation aus | tagesschau.de](#)

⁹ Vgl.: [DIW Berlin: Aufgeschoben ist nicht aufgehoben: Deutsche Wirtschaft vor dem Aufschwung](#)

Finanzverwaltung gerecht zu werden und eine zukunftsfähige und transparente Haushaltsführung zu gewährleisten.

Diese frühe Umstellung (letztmöglichster Umstellungszeitpunkt wäre der 01.01.2020 gewesen) brachte jedoch erhebliche Herausforderungen mit sich. Der Aufwand, der mit der Durchführung des Übergangsprozesses verbunden war, war damals wohl nur schwer vorherzusehen. Erschwerend kam hinzu, dass es zu diesem frühen Zeitpunkt noch kaum ausreichend Leitfäden, praxisorientierte Empfehlungen oder Erfahrungswerte gab. Infolgedessen hat die Stadt Waldkirch auch Jahre nach der Umstellung noch mit Rückständen bei der Erstellung der Jahresabschlüsse zu tun.

Das Aufholen der Jahresabschlüsse genießt jedoch oberste Priorität und ist dringend notwendig, um sicherzustellen, dass die Stadt langfristig auf einem soliden finanziellen Fundament, insbesondere als Planungs- und Controllinginstrument, aufbauen kann. Mit allen Teams arbeiten wir intensiv daran, die fehlenden Jahresabschlüsse zu erstellen.

Seit Dezember 2023 konnten wir bereits die Abschlüsse für den Kernhaushalt der Jahre 2018 bis 2020 dem Gemeinderat zur Feststellung vorlegen. Der Jahresabschluss 2021 folgt voraussichtlich im Oktober 2025. Weitere zehn Jahresabschlüsse unserer Eigenbetriebe konnten wir im gleichen Zeitraum aufarbeiten. Wir verfolgen gemeinsam das

Ziel, bis 2027 mit den Jahresabschlüssen auf dem aktuellsten Stand zu sein.

Nun aber zur aktuellen Planung:

Mit Bestätigung der Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung 2025 hat das RP Freiburg im Februar die Einrichtung einer Task Force begrüßt und die Genehmigungen im Vertrauen auf deren Erfolg erteilt.

Die Task Force Finanzen tagte insgesamt drei Mal. Das Ergebnis waren zahlreiche erarbeitete Ideen und Vorschläge, die der Gemeinderat gemeinsam mit den Vorschlägen der Verwaltung am 30.07.2025 in öffentlicher Sitzung beraten hat.

Mehrheitlich konnten wir so ein Haushaltssicherungs- und Strategiekonzept mit Richtwerten für die Einbringung des Haushaltsplanentwurfs beschließen. Zahlreiche Maßnahmen konnten bereits in den Plan übernommen werden, andere wiederum werden im Rahmen der Haushaltsberatungen aufgerufen. Gleiches gilt auch für die Anträge der Fraktionen und der Ortschaftsräte.

Ein wichtiger Schritt ist hierbei auch die im Konzept enthaltene Erhöhung bzw. Bereitstellung der nachfolgenden Budgets zum Erhalt unserer Infrastruktur:

- Gebäudeinstandhaltung
625.000 € (+300.000 €)
- Infrastrukturmaßnahmen wie Straßen, Wege, etc.
700.000 € (+475.000 €)
- Unterhaltung und Sanierung von Brücken
500.000 € (+300.000 €)

Für weitergehende Informationen und Darstellungen möchte ich an dieser Stelle auf den vorliegenden Planentwurf sowie den ausführlichen Vorbericht verweisen.

Lassen Sie uns einen zusammenfassenden Blick auf die konkreten Zahlen werfen:

Für das Haushaltsjahr 2026 planen wir auf der Einnahmenseite mit Erträgen in Höhe von insgesamt 74.444.850 €.

Als größte Einzelpositionen bei den Einnahmen sind hier zu erwähnen:

Steuern und ähnliche Abgaben:

- Gewerbesteuer 11,0 Mio.€
- Gemeindeanteil Einkommensteuer 15,81 Mio.€
- Grundsteuer (A + B) 3,16 Mio.€
- Gemeindeanteil Umsatzsteuer 2,2 Mio.€

- Leistungen nach dem Familienlastenausgleich 1,26 Mio.€

Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen

- Schlüsselzuweisungen vom Land 18,47 Mio.€
- Zuweisungen vom Land (u. a. für Kitas) 9,4 Mio.€

Weitere Erträge:

- Entgelte für öffentliche Leistungen und Einrichtungen
(Gebühren für Nutzung öffentl. Einrichtungen) 4,93 Mio.€
- Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte, z. B. Verkaufserlöse, Mieten und Pachten usw. 1,92 Mio.€
- Kostenerstattungen und Umlagen 0,96 Mio.€
- Zinsen und ähnliche Erträge, z. B. Gewinnanteile aus Beteiligungen 1,35 Mio.€
- Sonstige ordentliche Erträge. z. B. Bußgelder, Konzessionsabgaben usw. 1,9 Mio.€

Durch den letztjährigen Beschluss des Gemeinderates, den Hebesatz für die Gewerbesteuer anzupassen, kann für 2025 ein Gewerbesteueraufkommen von rund 11 Mio.€ in Aussicht gestellt werden. Für 2026 ist nach heutigen Erkenntnissen maximal von einer Stagnation auszugehen. Bei den Anteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer ist derzeit mit leichten Zuwächsen (ca. 575.800 €) im Vergleich zum Ansatz 2025 zu

rechnen. Bei der Einkommensteuer hat sich die letztjährige Prognose für 2026 allerdings um 145.200 € reduziert. Die Ansätze bei der Grundsteuer sind unverändert. Beim Anteil der Umsatzsteuer wird mit 23.500 € mehr gerechnet. Dies gilt auch für die Leistungen nach dem Familienlastenausgleich (+17.000 €). Bei den Schlüsselzuweisungen vom Land mussten wir die bisherigen Planansätze für 2026 um rund 114.000 € reduzieren.

Insgesamt kann zu den Erträgen aus Steuern, allgemeinen Zuweisungen und Umlagen folgendes festgehalten werden: Die Erträge steigen zwar in Teilen gegenüber dem Planansatz für 2025 leicht an – es werden also durchaus auch Mehrerträge im Finanzausgleich FAG erzielt. Jedoch fallen diese, wie schon erwähnt, teils weit hinter die ursprünglichen Ertragserwartungen zurück und halten zudem mit den allgemeinen Aufwandssteigerungen nicht im geringsten Schritt.

Bei den Schlüsselzuweisungen sind aufgrund des Rückgangs der zu verteilenden Finanzausgleichsmasse Mindereinnahmen für den Zeitraum 2026 bis 2029 von rund 2,5 Mio.€ zu befürchten.

An dieser Stelle möchte ich auch auf das Thema **Zensus 2022** hinweisen. Die Stadt Waldkirch gehört wohl nicht zu den größten Zensus-Verlierern¹⁰, aber auch bei uns ist die Bevölkerung nicht

¹⁰Vgl. [Zensus könnte so manche Gemeinde im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald viel Geld kosten - Kreis Breisgau-Hochschwarzwald - Badische Zeitung](#)

so stark gewachsen wie ursprünglich angenommen. Wir hatten dadurch bekanntlich eine Verschiebung um minus 800 Menschen, was weitere Verschlechterungen in Millionenhöhe bei den Einnahmen aus dem Finanzausgleich zur Folge hat. Die Stadt Waldkirch hat bereits 2024 beim Statistischen Landesamt Widerspruch erhoben; ein Ergebnis liegt jedoch bis zum heutigen Tage nicht vor.

Auf der Ausgabenseite planen wir für das Haushaltsjahr 2026 mit Aufwendungen von insgesamt 81.227.610 €.

Als größte Einzelpositionen bei den Ausgaben sind hier zu erwähnen:

- Personalaufwendungen inklusive der Beiträge zu Versorgungskassen, gesetzlichen Sozialversicherungen und Beihilfen 25,21 Mio.€
- Transferaufwendungen 33,23 Mio.€ (davon z. B. FAG Umlage an das Land 8,37 Mio.€ / Kreisumlage an den Landkreis Emmendingen 13,52 Mio.€ / Betriebskostenzuschüsse an nicht städtische Kita-Träger 9,33 Mio.€ / Gewerbesteuerumlage 0,96 Mio.€)
- Sach- und Dienstleistungen (z. B. Unterhaltung von Grundstücken, öffentlichen Gebäuden und sonstigen bauliche Anlagen, Energiekosten, u.v.m.) 16,71 Mio.€
- Zu erwirtschaftende Abschreibungen 3,37 Mio.€

Erlauben Sie mir an dieser Stelle nähere Erläuterungen zu den beiden größten Positionen:

- **Personalkosten:**

Die Verwaltung ist sich der prekären Finanzlage bewusst und agiert hier insgesamt mit Augenmaß. Gleichwohl möchte ich darauf hinweisen, dass die Arbeitsbelastung teilweise derart hoch ist, dass eigentlich weitere Einstellungen erforderlich wären. Im Ergebnis werden seitens der Verwaltung wenige, punktuelle und zukunftsorientierte Ergänzungen vorgeschlagen.

Der Großteil an zusätzlichem Personalbedarf und damit der Personalkostensteigerung entsteht durch die Inbetriebnahme der Kita Bruderhaus im Herbst 2026.

- **Transferleistungen**

Erhebliche Risiken und Unsicherheiten liegen hier vor allem bei der Höhe der Kreisumlage. Der aktuelle Kreisumlagesatz liegt bei 32 v.H. (Vorjahr 29,7 v.H.). Auf Grundlage der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden müsste der Umlagesatz ab 2026 auf 35,7 v.H. angehoben werden, damit der Kreis sein Aufkommen halten kann. Der Kreistag wird hierüber vermutlich erst im Dezember 2025 final entscheiden.

Klar ist: Darüber hinausgehende Erhöhungen der Kreisumlage wären für unseren städtischen Haushalt katastrophal und nicht leistbar.

Der Haushaltsentwurf 2026 weist somit im Ergebnishaushalt ordentliche Erträge in Höhe von 74.444.850 € und ordentliche Aufwendungen in Höhe von 81.227.610 € aus.

Daraus resultiert ein veranschlagtes ordentliches Ergebnis von minus 6.782.760 Euro!

Trotz aller Sparmaßnahmen und Kürzungen ist es unter den gegebenen Rahmenbedingungen nicht im Entferntesten möglich, in die Nähe eines ausgeglichenen Haushaltes zu kommen.

Nur eine nachhaltige, strukturelle Veränderung bei der Finanzierung der kommunalen Aufgaben durch Bund und Land kann hier Abhilfe schaffen. Weitere Kürzungen jeglicher Art sind nicht mehr möglich. Die kommunale Selbstverwaltung wäre bei weiteren Einschnitten nicht nur gefährdet, sondern weitestgehend außer Kraft gesetzt. So kann und darf es nicht mehr weiter gehen! Ich fordere die Bundes- und Landespolitik eindringlich zum schnellen Handeln auf.

Weitere Verzögerungen bei diesen wichtigen Reformen und Entscheidungen führen unweigerlich zum Systemkollaps.

Und so sehr ich die Investitionszuschüsse aus dem Infrastrukturpaket des Bundes (Sondervermögen bzw. Neuschulden) auch herbeisehne; das Grundproblem der komplett unterfinanzierten, laufenden kommunalen Aufgaben ist dadurch nicht im Ansatz gelöst.

Werfen wir einen Blick auf die anstehenden Investitionen:

Wie mit dem Gemeinderat in der Juli-Sitzung vereinbart und mehrheitlich beschlossen erfolgte die Priorisierung für den Planentwurf 2026 zunächst durch die Verwaltung. Gewünschte Änderungen und Verschiebungen können und sollen dann im Rahmen der Beratungen im Oktober durch den Gemeinderat vorgenommen werden.

Die Verwaltung schlägt ergänzend vor, dass die Priorisierung der Investitionen für die mittel- und langfristige Finanzplanung ab dem Jahr 2027 im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderates - unter Berücksichtigung zu definierender strategischer Handlungsfelder und Bewertungskriterien - erfolgen soll.

Weiterhin haben wir vereinbart, dass wir in Zukunft §12 GemHVO verstärkt anwenden. Dadurch wollen wir erreichen, dass nur die Investitionsmaßnahmen den Weg in den Haushaltsplan finden, für die der Mittelabfluss für die Folgejahre auch konkret benannt werden kann, und zwar durch Pläne,

Wirtschaftlichkeitsberechnungen, Kostenberechnungen und gegebenenfalls einen Bauzeitenplan.

Alle noch nicht in entsprechender Schärfe und mit festen Jahreszahlen hinterlegten Investitionswünsche werden bis dahin auf eine so genannte „Vorhabenliste“ gesetzt und gegebenenfalls jährlich durch den Gemeinderat neu priorisiert.

Zu den Fakten:

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit betragen im Jahr 2026 bei planmäßigem Vollzug rund 6,44 Mio.€.

Dem stehen Auszahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 20,30 Mio.€ gegenüber.

Insgesamt beträgt der negative Saldo aus Investitionstätigkeiten somit rund 13,87 Mio.€.

Unter Berücksichtigung des Zahlungsmittelbedarfs des Ergebnishaushalts (4.273.360 €) entsteht ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf von rund 18,14 Mio.€.

Dieser Fehlbetrag (zuzüglich der Auszahlungen zur Tilgung von Krediten 522.000 €) muss durch liquide Mittel in Höhe von 4,8 Mio.€ und einer Kreditaufnahme in Höhe von 13,87 Mio.€ gedeckt werden, welche einer Genehmigung der Rechtsaufsichtsbehörde bedarf.

Die größten Einzelpositionen (Auszahlungen) bei den Investitionen in 2026 sind:

- **Breitbandausbau** „Ausbauprogramm Graue Flecken“
3,45 Mio.€ (davon Förderung 3,1 Mio.€)
- **Kita Bruderhaus** Umbau mit Neubauergänzung
2,60 Mio.€ (davon Förderung 0,42 Mio.€)
- **Kita St. Carolus** Neubau
2,50 Mio.€ (davon Förderung 0,40 Mio.€)
- **Feuerwehrhaus Buchholz** Neubau
1,80 Mio.€
- **Evangelischer Kindergarten** Erweiterung/Umbau
0,80 Mio.€
- **Feuerwehr Abt. Waldkirch** Rüstwagen (RW)
0,63 Mio.€
- **Erwerb Teilfläche ehem. Volksbankgebäude**
0,49 Mio.€
- **Feuerwehr Abt. Siensbach** Löschgruppenfahrzeug LF10
0,43 Mio.€
- **Erneuerung Gewerbekanalbrücke Sonnenhofparkplatz**
0,40 Mio.€
- **Umbau Bushaltestellen**
0,36 Mio.€
- **Erneuerung Ufermauer Kohbach (Hochwasserschutz)**
0,25 Mio.€

- **Erschließung Gewerbegebiet Inried**

0,20 Mio.€

Diese zwölf Investitionsauszahlungen ergeben ein Gesamtvolumen von 13,91 Mio.€ und binden somit einen nicht unerheblichen Teil der eingesetzten finanziellen Mittel.

Darüber hinaus sind weitere kleinere Investitionen und Maßnahmen vorgesehen, u.a. in den Bereichen Digitalisierung, Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, Bestattungswesen sowie Hitzeschutzmaßnahmen in Kita- und Schulgebäuden.

Fazit:

Die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung, die Nichtbeachtung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land, die ständig steigenden Umlageverpflichtungen, fortlaufend neue Rechtsansprüche und Aufgaben und letztlich steigende Personalkosten machen es unmöglich, einen auch nur annähernd ausreichenden Zahlungsmittelüberschuss zur Finanzierung der Investitionen zu erwirtschaften.

Der immense Investitionsstau bei öffentlichen Gebäuden und der Infrastruktur wird sich vermutlich auch in den kommenden Jahren ausschließlich durch Kreditfinanzierungen bewältigen lassen.

Das hat im Kernhaushalt Auswirkungen auf die Entwicklung der Verschuldung auf der einen und der Liquidität auf der anderen Seite.

So beträgt der voraussichtliche Stand der Schulden zum Ende des kommenden Jahres 23,93 Mio.€ (+13,345 Mio.€).

Die Liquidität rutscht kurz- und mittelfristig in den negativen Bereich, da die laufenden Auszahlungen dauerhaft die Einzahlungen überschreiten. Zusätzliche, nicht unerhebliche Kassenkredite zur Finanzierung des laufenden Betriebs sind unumgänglich.

Zum Schluss möchte ich Ihnen nun noch einen Überblick zu den Planungen der städtischen Eigenbetriebe geben:

Der **Eigenbetrieb Abwasserbeseitigung** erwirtschaftet im Erfolgsplan mit Erträgen und Aufwendungen von jeweils rund 3,58 Mio.€ ein ausgeglichenes Ergebnis.

Für das ambitionierte Investitionsprogramm von insgesamt 5,04 Mio.€ wird eine Ermächtigung zur Kreditaufnahme in Höhe von 3,87 Mio.€ benötigt.

Daraus folgend beträgt der voraussichtliche Stand der Schulden des Eigenbetriebs Ende 2026 insgesamt 17,03 Mio.€. (+3,5 Mio.€)

Einige bedeutende Investitionen sind im Programm enthalten, so z. B. die Erschließung des Gewerbegebiets Inried oder der dritte Bauabschnitt der Kanalsanierung in der Hauptstraße in Kollnau.

Bereits im vergangenen Jahr wurde der Stellenplan auf 2,0 Stellen angepasst; eine Änderung ist für 2026 nicht vorgesehen. Neben den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur der Abwasserbeseitigung wird der Eigenbetrieb federführend den Aufbau eines Starkregenrisikomanagements übernehmen.

Der Eigenbetrieb **Wasserwerk** erwartet im Erfolgsplan einen Jahresgewinn in Höhe von rund 300.000 €. Dieser resultiert aus Erträgen in Höhe von rund 3,44 Mio.€ und Aufwendungen incl. Zinsen in Höhe von rund 3,14 Mio.€.

Insgesamt belaufen sich die Investitionen auf ein Volumen von 1,22 Mio.€, welche anteilig durch eine Neu-Kreditaufnahme in Höhe von 407.126 € finanziert werden sollen.

Die Verschuldung des Eigenbetriebs verringert sich jedoch um ca. 27.000 € aufgrund der höheren Tilgungen und beträgt zum Ende des Wirtschaftsjahres voraussichtlich 14,28 Mio.€.

Der Stellenplan bzw. die Betriebsführung durch die Stadtwerke Waldkirch GmbH bleiben unverändert.

Aufgrund der dringend notwendigen, umfangreichen Investitionen der vergangenen Jahre in die Infrastruktur der Wasserversorgung, ist eine Anpassung der Zähler- und Wassergebühren unumgänglich.

Der Eigenbetrieb **Technische Betriebe Waldkirch (TBW)** plant in 2026 mit Erträgen und Aufwendungen gleichermaßen von rund 3,95 Mio.€.

Zur Finanzierung der vorgesehenen Investitionen ist eine Kreditaufnahme in Höhe von 135.000 € vorgesehen. Die Gesamtverschuldung des Eigenbetriebs bleibt jedoch konstant bei ca. 1,66 Mio.€, da die ordentliche Tilgung in gleicher Höhe wie die Neukreditaufnahme erfolgt.

Der Stellenplan beinhaltet eine Reduzierung um 1,5 Stellen. Aufgrund des massiven Spardrucks und der engen Verzahnung mit dem Kernhaushalt müssen wir die Kosten senken.

Der Eigenbetrieb konzentriert sich deshalb auf die Pflichtleistungen, sichert die öffentliche Infrastruktur, optimiert Prozesse und senkt die Standards, was leider auch im Stadtbild sichtbar sein wird.

Der Eigenbetrieb **Wohnungswirtschaft** plant 2026 im Erfolgsplan mit Erträgen von 8,22 Mio.€ (davon 7,20 Mio.€ Mieterlöse), Aufwendungen von 7,295 Mio.€ und einem Jahresgewinn von 925.000 €.

Zur Finanzierung der Auszahlungen für laufende und neue Investitionen in Höhe von rund 10,2 Mio.€ ist eine Neukreditaufnahme von 4,5 Mio.€ vorgesehen.

Somit erhöht sich die Gesamtverschuldung um rund 6,35 Mio.€ und beträgt zum Ende des kommenden Wirtschaftsjahres voraussichtlich 54,93 Mio.€. Der Stellenplan 2026 bleibt im Vergleich zu 2025 unverändert.

Die Erhaltung und der weitere Ausbau von gefördertem Mietwohnraum zählen zu den obersten Prioritäten. Das Ziel, den

Wohnungsbestand bis 2031 auf 750 Wohnungen auszubauen, ist Herausforderung und Ansporn zugleich.

Für detailliertere Ausführungen zum Zahlenwerk und den geplanten Investitionen aller Eigenbetriebe darf ich an dieser Stelle auf die vorgelegten Wirtschaftspläne 2026 verweisen.

Kommen wir zum Abschluss:

Zusammenfassend kann ich sagen, dass sich die bereits letztes Jahr erwähnten, schlechten Rahmenbedingungen leider nicht verbessert haben. Das Gegenteil ist der Fall: Die finanzielle Lage der Städte, Gemeinden und Landkreise hat sich dramatisch verschlechtert! Gerade deshalb appelliere ich an uns alle, nicht den Mut und die notwendige Zuversicht zu verlieren. Nur zusammen wird es uns gelingen, die Herausforderungen und Aufgaben in unserer Stadt zu meistern. Gemeinsam müssen wir alle Kraft aufwenden, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu bewahren und auszubauen. Das unglaublich große ehrenamtliche Engagement in unseren Vereinen, Gruppen und Organisationen spielt dabei eine zentrale Rolle. Dies gilt es, auch weiterhin nach Kräften zu unterstützen!

Mein Appell vom letzten Jahr gilt mehr denn je:

Lassen Sie uns die Ärmel hochkrempeln, gemeinsam anpacken und unsere Zukunft gestalten. Wir möchten die Prozesse strukturell noch effektiver und wirtschaftlicher gestalten, damit wir auch weiterhin in die Zukunft unserer Stadt investieren können. Und dabei geht es, wie zuletzt zu lesen war, nicht nur um Brezeln! Fakt ist und bleibt dabei: Es muss sich auf allen Ebenen etwas ändern! Bürokratie muss abgebaut werden und am Ende der Nahrungskette - bei den Städten und Gemeinden - muss zur Erfüllung der Aufgaben jetzt endlich mehr Geld ankommen.

Es ist inzwischen nicht mehr fünf VOR, sondern mindestens fünf NACH zwölf!

Ich **danke** an dieser Stelle dem gesamten Gemeinderat, den Mitgliedern der Ortschaftsräte, den Ortsvorsteherinnen und Ortsvorstehern für die sehr gute Zusammenarbeit und das gemeinsame Verständnis, dass wir auch dieses Jahr wieder frühzeitig und im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bis Ende November den Beschluss des Haushaltsplans und der Haushaltssatzung erreichen können.

Abschließend möchte ich ALLEN Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, im Rathaus, in all unseren Einrichtungen und in den Eigenbetrieben für ihre **Gesamtleistung** danken.

Stellvertretend dafür danke ich besonders...

...dem Team aus dem Büro des Oberbürgermeisters unter der Leitung von Melanie Gehl-Moser,
dem Dezernat I mit Dezernatsleiter Stephan Fliegner,
dem Dezernat II, geleitet von Ilka Kern,
dem Dezernat III mit Michael Dorner an der Spitze und
dem Dezernat IV unter Leitung von Detlev Kulse.

Mein Dank gilt auch unseren **Eigenbetrieben**, ...

...der **Wohnungswirtschaft** mit Tino Störk als Leiter, der **Abwasserbeseitigung** mit Tobias Brenzinger an der Spitze und den **Technischen Betrieben** unter Führung von Sascha Henrich genauso wie dem **Wasserwerk** und seinem Leiter Jochen Fischer, der zugleich auch der **Stadtwerke Waldkirch GmbH** als Geschäftsführer vorsteht.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!